

ZUKUNFT STATT

SP wählen!

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe BE · Mai 2018



«Danke, dass ihr diesen Wahlsieg möglich gemacht habt! »

DIE FREUDE NACH DEN GEWONNENEN WAHLEN VOM 25. MÄRZ WAR UND IST GROSS. WAS WAR DAS FÜR EIN WAHLSONNTAG UND VOR ALLEM WAS FÜR EIN ERGEBNIS! PLUS FÜNF SITZE FÜR DIE SP IM GROSSEN RAT, BEI ZUSÄTZLICHEN 3,13 PROZENT WÄHLERINNENANTEIL.

Ursula Marti,
Präsidentin SP Kanton
Bern, Grossrätin, Bern



Regierungsrat: gute Resultate

Für die Regierungsmehrheit hat es leider nicht gereicht, aber das Ergebnis von «Plan für Bern» lässt sich mehr als sehen. Dass Christoph Ammann am zweitmeisten Stimmen holte und dabei zwei bürgerliche Bisherige mit grosser Hausmacht überflügelte, ist herausragend. Dies gilt ebenso für das Resultat von Evi Allemann, die von den neu Antretenden das beste Ergebnis machte. Dass SVP-Gesundheitsdirektor Pierre-Alain Schnegg

regelrecht nach hinten durchgereicht wurde und auf dem letzten Platz der Gewählten landete, darf als Quittung für seine kompromisslose und radikale Abbaupolitik verstanden werden. Christophe Gagnebin schaffte die Sensation leider nicht. Aber er stellte für viele die glaubwürdige und fortschrittliche Vertretung des Berner Juras im Regierungsrat dar und erzielte das klar beste Resultat aller Nichtgewählten.

SP gewinnt dank Erfolgsfaktoren

Im Grossen Rat geht die SP deutlich gestärkt aus den Wahlen hervor. In keinem Wahlkreis blieben wir hinter dem Ergebnis von 2014 zurück, in vier Wahlkreisen konnten zusätzliche Sitze gewonnen werden. In der Stadt Bern kam es mit einem Zugewinn von 8,1 Prozent zu einem Erdrutschsieg für die SP. Hinter unserem Wahlsieg stehen mehrere Erfolgsfaktoren:

Zukunft statt Abbau

Das mutige Einstehen gegen den Abbau in unserem Kanton wurde von der Stimmbevölkerung belohnt. Es ist die SP, die sich im Grossen Rat an vorderster Front dagegen einsetzt, wenn auf dem Buckel der Spitex, bei der Pflege oder im Bildungsbereich gespart werden soll. Das wurde wahrgenommen und honoriert.

Starke Listen, glaubwürdige KandidatInnen

Auf unseren Listen waren fast durchwegs starke, regional gut verankerte und bekannte Personen. Die Aufbauarbeit der Sektionen und Regionalverbände wurde hier sichtbar. In der Stadt Bern wurde erstmals nicht vorkumuliert, also mit der doppelten Anzahl von Kandidierenden angetreten.

Die SP ist die Frauenpartei

Die SP bot mit den Frauenlisten in den meisten Wahlkreisen ein starkes Instrument, mit

Referendum gegen das Steuergesetz

DARUM GEHT ES

- Im Kanton Bern sollen Grosskonzerne Geschenke in Form von tieferen Gewinnsteuern erhalten.
- Dies, obwohl kein Kanton die Unternehmenssteuerreform III so deutlich abgelehnt hat wie Bern.
- Eine Gegenfinanzierung fehlt, das bedeutet Leistungsabbau bei Spitex, im Behinderten- und Sozialbereich, bei Bildung und Gesundheit.

Geschenke am falschen Ort

Die bürgerliche Mehrheit will die Gewinnsteuern für Firmen von aktuell 21,64% auf 18,71% senken, später ist eine weitere Senkung auf 16,37% geplant. Dies obwohl bereits der heutige Satz deutlich unter dem globalen Durchschnitt liegt. Hinzu kommt, dass die Senkung nur wenigen grossen Konzernen mit den höchsten Gewinnen zugute kommt. Die Mehrheit der 42 377 steuerpflichtigen Betriebe im Kanton Bern, meist KMU, hat nichts davon.

Allgemeinheit trägt die Kosten

Im November 2017 hat der Kanton das 16. Abbaupaket innerhalb von 25 Jahren erlebt. Dabei wurden harte Leistungskürzungen im Umfang von 160 Millionen Franken in der Spitex, in der Psychiatrie, in der Bil-

dung, in der Sozialhilfe und bei Menschen mit Behinderung durchgesetzt. Leistungen, welche die Bevölkerung in Stadt und Land dringend benötigt. Wird die geplante Steuergesetzrevision umgesetzt, fehlen dem Kanton pro Jahr 103 Millionen in der Staatskasse. Bereits heute kommen 90% der Steuererträge von Privatpersonen – jede Steuersenkung für Grosskonzerne bedeutet eine entsprechende Mehrbelastung des Mittelstands.

Missachtung von Volksentscheiden

Kein Kanton hat im Februar 2016 die Unternehmenssteuerreform III so deutlich abgelehnt wie der Kanton Bern. Die Abstimmungsverlierer hinderte dies nicht daran, die Steuergeschenke für Grosskonzerne auf kantonaler Ebene aufzugleisen, ohne die neue Steuervorlage auf Bundesebene abzuwarten. Solange diese nicht feststeht, ist ein kantonales Vorpreschen fahrlässig. Auch die Wahlergebnisse vom 25. März sind ein deutliches Votum gegen die Abbaupolitik. Indem der Grosse Rat danach die Steuersenkung unverändert beschloss, ignorierte er auch dieses Signal.

Gemeinden speziell betroffen

Wie auch bei der hochkant gescheiterten Unternehmenssteuerreform III leiden ebenso die Gemeinden unter den Steuerausfällen. Ebenfalls betroffen sind die Kirchgemeinden. Zusammen dürften ihnen jährlich 58 Millionen fehlen, was weitere einschnei-

dende Sparprogramme bedeuten würde. Gewissen Gemeinden drohen besonders grosse Ausfälle – etwa den Städten Biel und Bern, aber auch Interlaken oder Ittigen. Werden Löcher in die Gemeindekassen gerissen, so kann dies Steuererhöhungen für die Einwohnerinnen und Einwohner nach sich ziehen.

Das Referendumskomitee reicht von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen bis zu Bildung Bern. Gemeinsam gilt es, bis am 18. Juli 10 000 Unterschriften zu sammeln, damit die Steuergeschenke für Grosskonzerne auf Kosten der Allgemeinheit verhindert werden können.

► www.keine-steuergeschenke.ch

So unterstützt du den Volksvorschlag und das Referendum

- Gleich unterschreiben und die beiliegenden Unterschriftenkarten umgehend einschicken.
- Freunde und Bekannte ansprechen: Dazu weitere Sammelbogen unter www.wirksame-sozialhilfe.ch und www.keine-steuergeschenke.ch herunterladen oder bei der SP Kanton Bern bestellen.
- Mit deiner Sektion sammeln: Melde dich bei deinem Vorstand, um zu erfahren, welche Aktionen geplant sind.

Fortsetzung von Seite 1

dem die Wählenden ihre Stimmen für eine bessere Frauenvertretung einsetzen konnten. Wie dringend nötig der Einsatz für die Gleichstellung auch im Jahr 2018 noch ist, zeigte jüngst der skandalöse Entscheid des Ständerats, Massnahmen gegen Lohngleichheit auf die lange Bank zu schieben. Das Instrument spielte, die Frauenlisten wurden sehr gut gewählt. Mit einem Frauenanteil von über 50 Prozent setzt die SP-Fraktion einen erfreulichen Kontrapunkt zum insgesamt tiefen Frauenanteil im Grossen Rat von nur rund einem Drittel.

Basiskampagne mobilisiert

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und die SP-Wählerinnen und -Wähler mobilisiert. Gerade auch mit der Basiskampa-

gne und Tausenden von Telefongesprächen haben wir unsere Leute an die Wahlen erinnert und sie überzeugt, dass es auf ihre Stimmen ankommt. Dass dies anderen Parteien nicht gelungen ist, zeigt die tiefe Wahlbeteiligung von nur 30,5 Prozent.

Freiwillige tragen Kampagne

Und nicht zuletzt war es das Engagement der Kandidierenden und Sektionen, der unzähligen SP-Mitglieder im ganzen Kanton, das unsere Kampagne sichtbar und schlagkräftig gemacht hat. Sei es bei Strassenaktionen, mit Telefonanrufen oder im Gespräch im Bekanntenkreis. Es ist mit ein Herzensanliegen, diesen grossen Einsatz zu würdigen: Danke, dass ihr diesen Wahlsieg möglich gemacht habt!

Ohne Abbau in die Zukunft

Der bürgerlichen Mehrheit geben die Wählenden mit ihrem Verdikt eine eindeutige Botschaft mit: Auch die Argumente und Vorschläge der linken Seite müssen gehört werden. Wer einfach nur Radikalvorlagen durchdrückt, weil dies die Mehrheitsverhältnisse erlauben, wird abgestraft. Für die SP ist der Wahlsieg eine Verpflichtung: Der Kampf für «Zukunft statt Abbau» und «Für alle statt für wenige» muss weiterhin Programm bleiben. Als Erstes tun wir dies mit dem Volksvorschlag zum Sozialhilfegesetz und dem Referendum gegen das Steuergesetz.

Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe

DARUM GEHT ES:

- Mit dem Volksvorschlag wird der schlechten Sozialhilferevision ein konstruktiver Gegenvorschlag gegenübergestellt
- Dank wirksamen Massnahmen sollen mehr Menschen den Schritt zu einem Job und in die finanzielle Eigenständigkeit schaffen.
- Die unsozialen Kürzungen bei der Sozialhilfe werden rückgängig gemacht.

Unappetitliche Reform

Die bürgerliche Mehrheit im Kanton Bern hat unter Führung von Sozialdirektor Pierre-Alain Schnegg eine unappetitliche Sozialhilfereform zusammengezimmert. Die Sozialhilfe soll im Kanton Bern um 8 Prozent unter die national vereinbarten Standards gesenkt werden – bei manchen Personen sollen sogar Kürzungen um bis zu 30 Prozent möglich sein. Begründet wird dies mit einer verkehrten Logik: Indem der heute schon knapp bemessene Grundbedarf weiter gesenkt wird, soll die Sozialhilfe «weniger attraktiv» werden. Die Vorstellung, dass die Abhängigkeit von Sozialhilfe aktiv gesucht wird, ist nicht nur realitätsfremd, sondern vor allem respektlos denjenigen gegenüber, die es auch so schon schwer genug haben.

An der Realität vorbei

Wird bei der Sozialhilfe gespart, so trifft dies auch Kinder und ältere Menschen, die einen grossen Teil der unterstützten Personen ausmachen. Diese Personen können kaum mit angeblichen Anreizen in die Arbeitswelt «gelockt» werden. Während der Beratung des Sozialhilfegesetzes wurden auch einhellige Expertenmeinungen ignoriert, wonach die Kürzungen den gewünschten Effekt – weniger Sozialhilfebeziehende – verfehlen dürf-

ten. Vielmehr droht eine Abwärtsspirale, da Betroffene abgehängt und sozial isoliert werden.

Wirksamer Gegenvorschlag

Mehr Menschen ins Arbeitsleben zurückholen ist ein guter Vorsatz, Sozialdumping ist dafür aber ungeeignet. Die SP schlägt deshalb gemeinsam mit Verbündeten wirksame Massnahmen vor, mit denen deutlich mehr Personen als heute der Sprung zurück in die Arbeitswelt gelingen kann, dank gezielter Förderung und Weiterbildung und unter Einbezug der Wirtschaft. Wir tun dies in Form eines Volksvorschlags, der dann bei der Abstimmung der Reform des Grossen Rats gegenübergestellt wird. Damit wir darüber abstimmen können, müssen bis am 18. Juli 10 000 Unterschriften gesammelt werden. Die Elemente des Volks-

vorschlags sind unten im Detail aufgeführt.

Fairer, günstiger und breit abgestützt

Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» will die ungerechten Kürzungen bei der Sozialhilfe rückgängig machen. Mit dem Volksvorschlag besteht dafür die Chance für den Kanton und die Gemeinden, die Kosten für Sozialhilfe längerfristig zu senken, da weniger Personen darauf angewiesen sind. Neben der SP und den Grünen stehen weitere Linksparteien, die EVP, Gewerkschaften, Organisationen aus dem Sozialbereich, die interkonfessionelle Arbeitsgruppe Sozialhilfe der reformierten Kirche Bern-Jura-Solothurn und weitere hinter dem Volksvorschlag.

► www.wirksame-sozialhilfe.ch

Der Inhalt des Volksvorschlags «Wirksame Sozialhilfe» im Detail:

Gezielte Weiterbildung von Stellensuchenden

Die berufliche Qualifizierung von Stellensuchenden wird immer wichtiger. Der Kanton soll deshalb ein bedarfsgerechtes Angebot bereitstellen, damit Personen in der Sozialhilfe gezielt weitergebildet werden können und wieder eine Stelle finden. Das hilft den Betroffenen und senkt die Kosten der Sozialhilfe. Die Sozialdienste sollen unterstützte Personen zur Teilnahme an solchen Qualifizierungsmassnahmen verpflichten können.

Respektvoller Umgang mit über 55-jährigen Arbeitslosen

Wer nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos wird und vorher lange gearbeitet hat, soll nicht mehr nach den Ansätzen für die Sozialhilfe unterstützt werden. Stattdessen sollen diese Personen Leistungen gemäss den Bestimmungen über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV erhalten. So werden diese Personen würdig behandelt, vor Altersarmut geschützt und sind nicht gezwungen, kurz vor der Pensionierung ihr ganzes Vermögen aufzubreuchen.

Unterstützungsleistungen gemäss schweizweit anerkannten Ansätzen

Unterstützungsleistungen in der Sozialhilfe sollen sich nach den SKOS-Richtlinien richten, welche schweizweit anerkannt sind und von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK verabschiedet werden. Dies ermöglicht allen Sozialhilfebeziehenden ein würdevolles Leben.

Einbezug der Wirtschaft bei der Arbeitsintegration

Damit Personen, die Sozialhilfe beziehen, wieder eine Stelle finden, soll der Kanton eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und besondere Programme und Projekte fördern. So können unterstützte Personen rascher und erfolgreicher in den Arbeitsmarkt integriert werden.



Gemeinsam schaffen wir die nötigen Unterschriften und bringen diese wichtigen Forderungen vorwärts!

Neue Gesichter in der Grossratsfraktion

SIE ALLE WURDEN NEU IN DEN GROSSEN RAT GEWÄHLT UND VERSTÄRKEN AB DEM 1. JUNI DIE SP-FRAKTION.



TANJA BAUER

Mittelland-Süd, Politikwissenschaftlerin, wohnt in Wabern



LYDIA BAUMGARTNER

Mittelland-Nord, Expertin Operationstechnik, wohnt in Jegenstorf



STEFAN BÜTIKOFER

Biel-Seeland, Gymnasiallehrer, wohnt in Lyss



KARIN FISLI

Mittelland-Nord, Primarlehrerin, wohnt in Meikirch



TAMARA FUNCIELLO

Bern, Präsidentin JUSO Schweiz



MANUELA KOCHER HIRT

Biel-Seeland, Pflegefachfrau, wohnt in Worben



SANDRA ROULET ROMY

Berner Jura, Direktorin des Roten Kreuz Berner Jura, wohnt in Valbirse

MACH MIT BEI DER SP 60+

Die Mitgliedschaft ist kostenlos! – Anmelden unter: www.goo.gl/F1Efkf

AGENDA

Kantonale Parteitage

Mittwoch, 16.5.2018, 19.00 – 21.30 in Bern
Samstag, 18.8.2018, 10.00 – 15.00 in Steffisburg
Mittwoch, 7.11.2018, 19.00 – 21.30 in Bern

Session Grosser Rat

Junisession: 4. – 14. Juni 2018

alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

WIR SIND AN DER BEA

Die SP Kanton Bern ist auch 2018 wieder mit einem Stand an der BEA vertreten. Besuch uns vom 4. bis 13. Mai, unser Stand befindet sich direkt beim Eingang A (Guisanplatz)



EINLADUNG ZUR VERANSTALTUNG DER SP 60+ BERN-MITTELLAND UND PUBLIC EYE – REGIONALGRUPPE BERN (EHM. ERKLÄRUNG VON BERN)

Informationen und Diskussion zur Konzernverantwortungsinitiative KOVI mit Referaten von Hans-Jürg Fehr, ehem. Präsident Solidar Suisse, Nationalrat und Präsident SP Schweiz, und Benjamin Steinweg, Public Eye – Regionalgruppe Bern, anschliessend Diskussion und Apéro

Dienstag 12. Juni 2018, 18 – 20 Uhr, Kirchgemeindehaus Paulus, Freiestrasse 20, 3012 Bern, beat.wegmueller@bluewin.ch